

# Zunehmende Schusswaffengewalt in Bremen bereitet große Sorge

Die fünf Schussabgaben innerhalb des Monats März in Bremen, bei denen tragischerweise ein Mensch ums Leben gekommen ist und vier Menschen schwer verletzt worden sind, geben der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Landesbezirk Bremen – Anlass zu großer Besorgnis.



Foto: Fixabay

die Polizistinnen und Polizisten bestmöglich ausgestattet sein müssen, um solchen gefährlichen Einsatzlagen professionell und sicher begegnen zu können. Gleichzeitig ist die Politik aufgefordert, für ausreichend Personal sowie moderne technische Mittel zu sorgen, damit Straftaten schneller aufgeklärt und Täter konsequent verfolgt werden können.

Gerade vor diesem Hintergrund wird eine unentgeltliche Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit kritisch gesehen. Polizistinnen und Polizisten müssen körperlich und mental fit bleiben, um in hochriskanten Situationen besonnen und handlungssicher agieren zu können. Überlastung darf kein zusätzlicher Risikofaktor werden.

Darüber hinaus fordert die GdP eine spürbare Erhöhung der Polizeizulage. Bremen bildet im Bundesvergleich aktuell das Schlusslicht bei der Höhe dieser Zulage, die als Ausgleich für besondere Belastungen und Erschwernisse im Polizeidienst gezahlt wird.

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen – fordert daher eine verstärkte Schwerpunktsetzung auf die Bekämpfung der Waffenkriminalität sowie eine nachhaltige Stärkung der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei.

**Nils Winter,**  
Landesvorsitzender

Diese Entwicklung verdeutlicht in alarmierender Weise, dass die Verfügbarkeit von Schusswaffen ein ernst zu nehmendes Sicherheitsproblem darstellt. Die Häufung der Vorfälle innerhalb so kurzer Zeit lässt auf eine besorgniserregende Dynamik schließen, die nicht unbeachtet bleiben darf.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht hierin einen klaren Handlungsauftrag an Politik und Sicherheitsbehörden. Es bedarf entschlossener Maßnahmen, um die Verbreitung illegaler Waffen einzudämmen und die öffentliche Sicherheit nachhaltig zu stärken.

Die aktuelle Lage zeigt deutlich, dass wir konsequent gegen den illegalen Waffenbesitz vorgehen müssen. Nur durch verstärkte Kontrollen, präventive Maßnahmen und eine enge Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen können wir dieser Entwicklung wirksam begegnen.

Für die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen – steht zudem fest, dass



Foto: GdP Bremen

Nils Winter



Frauen erleben im Laufe ihres Lebens zahlreiche körperliche Veränderungen, die eng mit ihrem hormonellen System zusammenhängen. Besonders Themen wie Endometriose, Menstruationsbeschwerden und Wechseljahre werden oft unterschätzt oder tabuisiert, obwohl sie für viele Betroffene eine erhebliche Belastung darstellen.

**E**ndometriose ist eine chronische Erkrankung, bei der gewebeähnliche Zellen der Gebärmutter Schleimhaut außerhalb der Gebärmutterhöhle wachsen, etwa am Bauchfell oder an den Eierstöcken. Dies kann zu starken Schmerzen, Entzündungen oder sogar Unfruchtbarkeit führen. Viele Frauen leiden jahrelang, bevor die Krankheit überhaupt diagnostiziert wird. Ein Grund dafür ist, dass die Symptome oft als „normale Regel-

schmerzen“ abgetan werden. Dabei können die Beschwerden weit über gewöhnliche Regelschmerzen hinausgehen und die Lebensqualität erheblich einschränken.

Trotz der Häufigkeit von ca. 10 % der Frauen im gebärfähigen Alter ist Endometriose nur unzureichend erforscht. Es gibt keine bekannte Heilung, und die Ursachen sind weitgehend ungeklärt. Die Behandlung beschränkt sich meist auf Symptomlinderung durch Hormo-

ne oder Operationen. Unabhängig von der Erkrankung an Endometriose betreffen Menstruationsbeschwerden einen großen Teil der Frauen. Krämpfe im Unterleib, Rückenschmerzen, Übelkeit oder Müdigkeit sind typische Symptome. Obwohl diese Beschwerden weitverbreitet sind, wird ihnen im Alltag oft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Ein weiterer wichtiger Lebensabschnitt von Frauen sind die Wechseljahre. In dieser Phase stellt der Körper die Produktion bestimmter Hormone, insbesondere Östrogen, allmählich um. Dies kann zu einer Vielzahl von Beschwerden führen, darunter Hitzewallungen, Schlafstörungen, Stimmungsschwankungen oder Konzentrationsprobleme. Gemeinsam ist all diesen Themen, dass sie immer noch mit Schweigen und Scham belegt sind. Zwar wird in den letzten Jahren offener darüber gesprochen, jedoch spielt Aufklärung immer noch eine entscheidende Rolle, um Vorurteile abzubauen und betroffenen Frauen die Hilfe zu ermöglichen, die sie benötigen.

Endometriose, Menstruationsbeschwerden und die Wechseljahre sind zentrale Aspekte der weiblichen Gesundheit, die mehr Aufmerksamkeit verdienen. Ein offener Dialog, mehr Forschung und gesellschaftliches Verständnis können dazu beitragen, die Lebensqualität vieler Frauen nachhaltig zu verbessern. Wir als Frauengruppe der GdP möchten ganz besonders auf diese Themen aufmerksam machen, da auch der Arbeitsplatz eine zentrale Rolle spielt. Denn genau dort verbringen viele Frauen einen großen Teil ihres Alltags und dies oft unter Bedingungen, die ihre gesundheitlichen Bedürfnisse nicht immer ausreichend berücksichtigen. Ein wichtiger Schritt ist es deshalb, diese Themen sichtbar und besprechbar zu machen. Schmerzen oder Beschwerden im Zusammenhang mit dem Zyklus oder hormonellen Veränderungen dürfen kein Tabu sein. Es geht insbesondere darum, Verständnis zu schaffen und Vorurteile abzubauen.

Darüber hinaus braucht es aber auch strukturelle Verbesserungen. Flexible Arbeitszeiten oder die Möglichkeit zum Homeoffice können Frauen helfen, an besonders belastbaren Tagen besser mit ihren Beschwerden umzugehen.

Als Frauengruppe möchten wir dazu beitragen, dass Arbeitsplätze entstehen, die die gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen ernst nehmen und unterstützen – für mehr Wohlbefinden, Chancengleichheit und langfristige Leistungsfähigkeit.

**Sarah Keetmann**



# Einladung zum Vortrag von Frau Rechtsanwältin Dr. Alexandra Nöth am 5. Mai 2026

Oma muss ins Heim, doch wer soll das bezahlen?  
Papa benimmt sich komisch, kann er seine Dinge  
noch selbst regeln?

## Wann

Dienstag, den 5. Mai 2026, Beginn 15 Uhr

## Wo:

GdP-Geschäftsstelle, Bgm.-Smidt-Str. 78,  
28195 Bremen

## Zielgruppe:

Alle Mitglieder der GdP Bremen, mit eingeladen ist auch euer/eure Partner:in!

## Anmeldung:

Da wir nur über eine begrenzte Anzahl von Sitzplätzen verfügen, ist eine vorherige Anmeldung zwingend erforderlich.  
telefonisch: (0421) 949585-0  
per E-Mail: bremen@gdp.de

Frau Rechtsanwältin Dr. Alexandra Nöth ist seit vielen Jahren erfolgreich für die Mitglieder der GdP Bremen tätig. Sie ist seit 2000 als Anwältin zugelassen und seit 2003 auch Fachanwältin für Familienrecht. Ihre Kanzlei befindet sich seit Kurzem in der Obernstraße 28 in Bremen. Weiter hat sie noch eine Zweigstelle in Friesland.

Wir freuen uns, dass wir sie für einen Vortrag zu den o. g. Themen gewinnen konnten, den sie wie folgt umschreibt: „Kaum sind die Kinder aus dem Haus, rückt die Pflege der Eltern in den Fokus und wirft neben emotionalen Herausforderungen auch viele rechtliche und finanzielle Fragen auf. Ich möchte versuchen, Ihnen dazu Antworten zusammenzufassen und auf Gestaltungsmöglichkeiten aufmerk-

sam zu machen. Rechtliche Betreuung von erwachsenen Familienmitgliedern ist ein heikles Thema, kann aber bei frühzeitiger Regelung Familien sehr entlasten.

Präventive Maßnahmen sind möglich und sollten frühzeitig besprochen werden. Ist dies nicht mehr möglich, weil die betroffene Person dies nicht mehr kann, kommt das neue Betreuungsrecht ins Spiel. Ich möchte Ihnen dazu einen Überblick geben.“

Zu Beginn ihrer anwaltlichen Tätigkeit ging es in finanziellen Fragen hauptsächlich um Regelungen für minderjährige Kinder. Im Verlauf der Jahre wurden erwachsene Kinder jedoch vermehrt zum Elternunterhalt herangezogen, weil Heimunterbringung von Rente und Pflegeversicherung vielfach nicht mehr gedeckt werden kann. Hierzu tauchten viele Fragen auf, die von Rechtsprechung und Gesetzgeber beantwortet wurden. Das Thema Betreuung ist nach wie vor heikel innerhalb der Familie, sollte aber zumindest angesprochen werden, solange man die Regelung noch selbst in der Hand hat. ■

# Fachgruppenseminar Verwaltungspolizei in Bad Zwischenahn

Die Fachgruppe Verwaltungspolizei veranstaltet ihr Bildungsseminar vom 10. bis 12. Juni 2026 in Bad Zwischenahn. In diesem Jahr liegt der Fokus auf der psychischen Arbeitsbelastung. Dazu sind Gesprächspartner an das Zwischenahner Meer eingeladen. In Vorträgen und Diskussionsrunden sollen Ursachen, Auswirkungen und mögliche Lösungsansätze gemeinsam erarbeitet werden.

„Die Arbeitsbelastung steigt in allen Ämtern weiterhin stark an. Daher wollen wir in diesem Jahr schauen, was die Kolleginnen und Kollegen konkret belastet und welche Möglichkeiten es für Personalräte und die GdP gibt, dem entgegenzusteuern“, sagt der

Fachgruppenvorsitzende Denis Geger. Auch der Austausch unter den Teilnehmenden soll dabei eine wichtige Rolle spielen und Raum für praktische Erfahrungen bieten.

Neben den fachlichen Inhalten bietet das Seminar Gelegenheit zur Vernetzung und

zum kollegialen Austausch in entspannter Atmosphäre. Anmeldungen sind über die Geschäftsstelle der GdP Bremen möglich. Das Seminar ist bildungszeitfähig.

**Denis Geger**



# Austausch mit Mustafa Güngör (SPD): Versorgung und Sicherheit im Fokus

Die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen traf sich am 12. März 2026 zu einem intensiven politischen Austausch mit Mustafa Güngör, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Im Zentrum stand die angespannte Versorgungssituation der Pensionäre sowie die aktuellen Herausforderungen der Bremer Innen- und Haushaltspolitik.

Foto: GdP Bremen



Mustafa Güngör

## Historische Lasten und finanzielle Realitäten

Die Seniorengruppe verdeutlichte eingangs die massiven Probleme bei der Beihilfe und die mangelnde Anerkennung der Lebensleistung ehemaliger Beamter – Themen, die die GdP bereits schriftlich an die Abgeordneten herangetragen hatte.

Mustafa Güngör zeigte Verständnis, verwies jedoch auf die „historisch gewachsenen“ Strukturen. Viele Regelungen stammten aus Zeiten völlig anderer finanzieller Rahmenbedingungen. Er räumte ein:

- **Haushaltskonflikte:** Die Abstimmungen mit dem Finanzressort über die Mittelverteilung bleiben schwierig.

- **Beihilferückstand:** Aktuelle Beihilfesätze orientieren sich oft an veralteten Erfahrungswerten, die nicht mehr zur heutigen Realität passen.

- **Konsolidierungsdruck:** Als „Nehmerland“ im Finanzausgleich steht Bremen unter Zugzwang, was auch die ungeliebte 41-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst mit erklärt.

## Investitionen in die Sicherheit

Trotz der Haushaltslage betonte Güngör die Anstrengungen der Koalition, die Sicherheitsbehörden zu stärken. Als Erfolge führte er an:

- **Personalzuwachs:** Ein Stellenzuwachs von rund 11 % bei der Polizei seit 2019 oder die im Rahmen der Haushaltsverhandlungen

gen 2026/2027 neu geschaffenen 26 Stellen bei der Staatsanwaltschaft.

- **Modernisierung:** Investitionen in Smartphones, Software und technische Ausstattung.

- **Bundesmittel:** Nutzung von rund 83 Millionen Euro (aus dem Sondervermögen des Bundes) für die innere Sicherheit, Handlungsfähigkeit und Digitalisierung des Staates und für Katastrophenschutz (z. B. Feuerwehrfahrzeuge).

**DP – Deutsche Polizei**  
Bremen

**Geschäftsstelle**  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
[www.gdp.de/bremen](http://www.gdp.de/bremen), [bremen@gdp.de](mailto:bremen@gdp.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen



## Reformen und Vorhaben

Güngör hob die Verabschiedung des neuen Polizeigesetzes als wichtigen Meilenstein hervor. Für die Zukunft kündigte er an:

1. Bremen soll krisenfester aufgestellt werden.
2. Ein neues Gesetz für den Verfassungsschutz befindet sich in der Erarbeitung.
3. Die Aufstiegschancen bei der Polizei sollen geprüft und an norddeutsche Standards angeglichen werden.

## Dämpfer bei der Polizeizulage

Ein kritischer Punkt des Gesprächs war die im Koalitionsvertrag versprochene Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Hier musste Güngör die Erwartungen dämpfen: Eine Umsetzung sei in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr realisierbar.

Für die Seniorengruppe ist dies ein unbefriedigendes Signal. Die Forderungen nach einer spürbaren Verbesserung der Versorgung und Beihilfe bleiben da-

her weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung.

Fazit der GdP-Senioren: Der Dialog war offen und konstruktiv, doch die Ergebnisse bei der Versorgung bleiben hinter den Erwartungen zurück. Die Seniorengruppe wird die versprochenen Prüfaufträge – insbesondere bei den Beförderungsmöglichkeiten – kritisch begleiten und weiterhin für die Anerkennung der Lebensleistung der Ruheständler kämpfen.

**Heinfried Keithahn**

# Schnittschutzbekleidung für die Einsatzkräfte – der Trageversuch kommt!

Bereits im letzten Jahr berichteten wir mehrfach von den Bemühungen der Fachgruppe Schutzpolizei, eine zeitgerechte Schutzausstattung für die Kollegen zu erreichen.

Das Thema Schnittschutz bewegen wir bereits seit Langem. Dazu führten wir diverse Gespräche mit der Direktionsleitung, der Innensenatorischen Dienststelle sowie den politischen Akteuren in der Innendeputation. Darüber hinaus luden die Fachgruppe Schutzpolizei sowie die Arbeitsgruppe Arbeitsschutz einen Hersteller von Schnittschutzbekleidung zu einer eindrucksvollen Präsentation nach Tossens ein.

Andere Polizeibehörden machen es bereits vor; so stellte die Polizei in Baden-Württemberg im Februar die neuen Uniformteile mit Schnittschutz vor.

Nun folgte am Freitag, dem 27. März 2026, in den „Freitagsnews“ die Meldung, dass die Beschaffung von angemessener Schnittschutzbekleidung auch in Bremen vorangeht. Es werden derzeit Muster eines Langarmshirts sowie einer Hose mit Stichschutz

hergestellt. Diesbezüglich hielt die Fachgruppe Schutzpolizei Rücksprache mit dem Bekleidungswesen:

Es wurden seitens des Bekleidungswezens diverse Hersteller auf Herz und Nieren geprüft und für geeignet oder weniger geeignet befunden. Konkret bestellte Modelle gibt es noch nicht, jedoch sollen die ersten Trageversuche bereits im Sommer stattfinden. Auf einer Sitzung im Herbst soll dann über die Ergebnisse dieses Trageversuches entschieden werden.

Die Fachgruppe Schutzpolizei begrüßt diese Entwicklung, aber warnt weiterhin:

**Die Anschaffung der Schnittschutzbekleidung darf nicht am Bekleidungsbudget der einzelnen Beamten scheitern!**

Eine realistische Menge der Bekleidungsgegenstände muss zur Einführung allen Kollegen und Kolleginnen entgeltfrei zur Verfügung gestellt werden. Unser Schutz darf

nicht vom Stand des Kleiderkontos abhängig sein. Hier sind die politischen Akteure in der Pflicht, entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus gilt unsere Forderung nach einer Erhöhung des Kleidergeldes unverändert.

**Die Anpassung auf 300 € im Jahr gleicht gerade so die Inflation seit 2005 aus, umfasst jedoch nicht die teuren zeitgemäßen Bekleidungsstücke.**

Ihr habt Rückmeldungen zu den aktuellen Bekleidungsstücken, Wünsche für Änderungen oder neue Uniformteile? Diese könnt ihr gerne eurer Fachgruppe zukommen lassen oder euch direkt beim Bekleidungswesen melden. Ohne Feedback sind Verbesserungen nur schwierig umzusetzen!

**Tobias Hübner, Vorsitzender  
Fachgruppe Schutzpolizei**



# Blitzlicht zur ersten Vorstandssitzung der Fachgruppe Zentrale Dienste in 2026

In Vorbereitung auf den Landesdelegiertentag kam am 19. Februar 2026 die Fachgruppe der Zentralen Dienste mit ihren Delegierten in der BePo zusammen.

Neben der Vorstellung des vorläufigen Programms für die Fachgruppentagung in Bad Zwischenahn durch unseren Teamer Peter Borrmann, bei der wir wieder Gäste aus der Politik, diesmal den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Heiko Strohmann, begrüßen dürfen, folgt auch unser stellvertretender Direktionsleiter der ZPD, Michael Zander, unserer Einladung!

Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch und werden weiter intensiv an den Themen, die uns bereits im letzten Jahr umgetrieben haben, arbeiten: Digitalisierung & Co. (Homeoffice, Smartphones, Videoüberwachung, Fuhrparkerneuerung, bis hin zu Themen rund um die Liegenschaften).

**Safe the Date:  
11. bis 13. Mai 2026 diesmal  
in Bad Zwischenahn im  
Seminarhotel der Wisoak**

Neben den fachlichen Themen werden wir auch Raum und Zeit haben, um Bildung mit Urlaub zu verbinden, und entsprechende Veranstaltungen anbieten. So planen wir u. a. ein Tischkicker-Turnier und eine Radtour o. Ä. (je nach euren Wünschen und Bedürfnissen) rund um das Zwischenahner Meer.

Wer also Lust hat, Gewerkschaftsarbeit mit Urlaub zu verbinden, ist hier genau richtig! Wie immer freuen wir uns, wenn wir Teilnehmende aus anderen Bereichen begrüßen dürfen. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, wie übergreifend unsere Themen sind und dass sich jeder irgendwie bei uns wiederfindet.

Bevor es jedoch nach Bad Zwischenahn geht, haben wir den Landesdelegiertentag. Genau dafür kamen die Delegierten in der Sitzung zusammen.

Christin Loroff, als Abgeordnete für die ABK der Zentralen Dienste berichtete über den Verlauf der zügig abgeschlossenen ABK-



Sitzungen und erklärte, welche Anträge auf die Konsensliste überwiesen wurden und welche spannenden Anträge zur Aussprache vorgestellt werden.

Online gesellte sich Fabian Hilbig dazu, der die Aufgaben im Bundesfachausschuss Digitales skizzierte. Da Bernd Gerdes die Behörde verlässt, bedarf es eines Nachfolgers, den wir mit Sven Runge schnell gefunden haben.

An dieser Stelle ein Dank an Bernd für seine Unterstützung in der Gewerkschaftsarbeit und alles Gute für die neuen Aufgaben, die auf ihn warten!

Unser zuständiges GLV-Mitglied Oliver Thies haben wir über eine Telefonkonferenz dazugeholt, um uns von ihm über die abgeschlossenen Tarifverhandlungen berichten zu lassen. Vieles klang wenig befriedigend, dennoch müssen wir uns vor Augen halten, wo wir ständen ohne den gewerkschaftlichen Kampf und Einsatz?!

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns umso mehr auf den bevorstehenden LDT 2026, um dort unseren neuen Kurs und zukünftige Aufgaben zu definieren.

Für die Fachgruppe Zentrale Dienste  
**Christin – Chrissi – Loroff**

Fotos: GdP Bremen





# Die Versorgungsanalyse 2026: Bremen im harten Faktencheck

Von der Schulbank bis zur Pension – wir halten den Kopf für die Sicherheit in Bremen hin. Doch was bleibt am Ende eines langen Dienstlebens übrig? Wir haben die aktuellen Daten zur „Versorgung im Vergleich 2026“ betrachtet und sie zeichnen ein Bild, das uns als Gewerkschaft der Polizei Bremen in Alarmbereitschaft versetzt.

Wer heute im Streifenwagen sitzt, bei Demonstrationen in der vordersten Reihe steht oder in den Ermittlungsdienststellen Überstunden anhäuft, tut dies im Vertrauen auf das Alimentationsprinzip. Der Dienstherr verspricht: Wer sich voll einsetzt, wird im Alter angemessen versorgt. Doch ein Blick auf die nackte Realität des Jahres 2026 zeigt, dass dieses Versprechen zunehmend bröckelt.

## Die nackte Realität: was die Zahlen wirklich sagen

Die detaillierte Analyse der Versorgungsdaten für das laufende Jahr macht deutlich, dass die oft zitierten „Anpassungen“ der letzten Zeit kaum mehr als Kosmetik sind. Wenn wir die Zahlenkolonnen in die Lebensrealität der Bremer Reviere übersetzen, wird die Lage greifbar: Ein Polizeihauptkommissar (PHK) etwa in der Besoldungsgruppe **A 11**, der nach über 40 Dienstjahren in den Ruhestand geht, blickt heute auf eine Versorgungslücke, die vor einem Jahrzehnt noch undenkbar gewesen wäre.

Der Vergleich der Brutto-Versorgungsbezüge offenbart das Kernproblem: Die Inflation der vergangenen Jahre hat die moderaten Erhöhungen faktisch aufgefressen. Zwar weist die Tabelle für 2026 nominell höhere Euro-Beträge aus, doch die **reale Kaufkraft** im Stadtstaat Bremen sinkt im Vergleich

zu den Flächenländern weiter ab. Besonders schmerzhaft ist die Kluft zwischen der aktiven Besoldung und dem tatsächlichen Ruhegehalt. Da wesentliche Gehaltsbestandteile – allen voran die Polizeizulage – in Bremen weiterhin nicht vollumfänglich ruhegehaltstauglich sind, bricht das verfügbare Einkommen am ersten Tag des Ruhestands massiv ein.

## Mindestversorgung: am Rande des Abstandsgebots

Noch brisanter wird es am unteren Ende der Skala. Die Daten für 2026 belegen, dass die **Mindestversorgung** gefährlich nah an die Grenze zur staatlichen Grundsicherung rückt. Das verfassungsrechtlich gebotene Abstandsgebot zwischen Alimentation und Sozialhilfe wird hier zur bloßen Theorie.

## Unsere Forderungen: Wertschätzung ist keine Einmalzahlung!

Zusammenfassend belegen die Berechnungen 2026 schwarz auf weiß: Bremen spart sich bei der Versorgung gesund. Die statistischen Zuwächse sind ein Tropfen auf den heißen Stein und decken oft nicht einmal die gestiegenen Beiträge für die private Krankenversicherung im Alter ab. Für die GdP Bremen ist klar:

- 1. Echte Dynamisierung:** Die Versorgung muss ohne Wenn und Aber eins zu eins den Tarifabschlüssen folgen.
- 2. Ruhegehaltstauglichkeit jetzt:** Die Polizeizulage muss endlich wieder Bestandteil der Pension werden – eine Forderung, die wir seit Jahren mit Nachdruck stellen.
- Die **Beihilfeansprüche** müssen an das Niveau des Bundes angepasst werden.
- 4. Anpassung der Mindestversorgung:** Ein würdevoller Ruhestand muss auch für die unteren Laufbahngruppen garantiert sein.

## Fazit: Wir bleiben dran!

Die Berechnung 2026 ist für uns mehr als nur Statistik – sie ist Munition für die kommenden Verhandlungen mit dem Senat. Wir werden nicht akzeptieren, dass die „Sparbremse“ ausgerechnet bei denen angezogen wird, die ihr Leben lang für die Sicherheit Bremens eingestanden sind. Versorgung ist kein Almosen, sondern ein Recht!

**Eure GdP Bremen – wir lassen nicht locker.**





## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2026, Landesjournal Bremen, ist der 4. Mai 2026.

Artikel bitte mailen an:  
ruedigerkloss.dpo1@gmail.com

# Fachgruppenseminar der Senioren in Tossens

Vom 16. bis 18. März 2026 gab es beim Fachgruppenseminar in Tossens einen intensiver Austausch darüber, was unsere Zielgruppe braucht und wie wir den Bedarf erfassen.

Es traf sich wieder einmal ein sehr engagierter Kreis unserer Fachgruppe im „Haus Nöckel“. Unsere Seminare sind inzwischen ein echtes Erfolgskonzept und immer früh ausgebucht. Dennoch stellt sich für uns ständig die Frage, was man insgesamt noch besser machen kann. Der Teilnehmerkreis war dazu aufgefordert, sich darüber Gedanken zu machen und zunächst stichwortartig Ideen aufzuschreiben. Im Anschluss wurden die Punk-

te aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet.

Der Seminarleiter hatte dazu ein besonderes Format vorgegeben. Ein sehr interessanter Ansatz! Wie kommen wir auch gefühlsmäßig näher an die Kolleginnen und Kollegen ran? Auch beim nächsten Seminar im Mai 2026 wollen wir dieses Themenfeld bearbeiten. Sind die vorhandenen Informationsquellen gut und ausreichend? Müssen wir als GdP unser Leistungsspektrum noch

mehr verdeutlichen oder gar erweitern? Ist es notwendig, die bereits vorhandenen Informationsquellen (z. B. auch die WhatsApp-Gruppe) bekannter zu machen?

Es ist sicherlich auch an der Zeit, unsere gewählten Vertrauensleute weiter zu beschulen und konzeptionell auf die Aufgabe noch besser einzustellen. Brauchen wir weitere Ansprechpartner? Muss man einen noch besseren Verbindungsaufbau und bessere Strukturen gewährleisten? Viele weitere Diskussionspunkte, die an dieser Stelle unerwähnt bleiben, waren sehr interessant. Hinzu kommen die Informationen vielfältiger Art, die wir beim Besuch des Landesvorsitzenden Nils Winter erhielten.

Wir freuen uns auf weitere Veranstaltungen.

**Harry Kuck**